

Öffentlich, weils wichtig ist.

Eklat im Stadtrat: Erneut nahm der Oberbürgermeister die Besetzung der Aufsichtsräte von Unternehmen mit städtischer Beteiligung von der Tagesordnung. Die Reaktion des Rates: Abbruch der Sitzung.

Doch: Wie konnte es dazu kommen? **AUFSICHTSRÄTE**

Schon in der Sitzung Ende Oktober ließ der Oberbürgermeister durch seinen Ersten Bürgermeister Sittel die Besetzung der Aufsichtsräte von der Tagesordnung streichen. Die Begründung war so gewagt wie inkonsequent. Er behauptete: die von SPD, LINKEN, Grünen und Fraktionslosen angedachte Wahl der Mitglieder sei rechtlich bedenklich. Zweites Argument: die Listen der zu wählenden Personen seien zu spät eingereicht worden. Der Gipfel: Hilbert hatte nicht vor, alle Aufsichtsräte nicht zu besetzen. Die Wahl für die Energieunternehmen ENSO und DREWAG sollte auf der TO bleiben. Rechtliche Bedenken hier? Fehlanzeige. Zu spät eingereichte Listen? Kein Problem.

Schon damals war klar: dem Stadtrat sein Recht, Aufsichtsräte zu wählen, zu verwehren, weil im Hause Hilbert der Druck von Wahlscheinen zu lange dauern würde, entbehrte jeder Grundlage. Es war ebenfalls klar: wenn die Besetzung der Aufsichtsräte den Mehrheitsverhältnissen im Rat entsprechen sollte, dann ginge das doch auch per Wahl.

Die widerstreitenden Positionen landeten bei der Landesdirektion, der kommunalen Rechtsaufsicht. Auch sie sah eine Wahl der Aufsichtsräte als rechtlich möglich an. Ein wichtiges Signal, wenn man weiß, mit welcher politischen Prägung man es bei dieser Mittelbehörde zu tun hat.

Der Privatisierer droht

Den Oberbürgermeister indes juckte das wenig. Er drohte im Vorfeld der gestrigen Sitzung damit, die Aufsichtsräte mit Verwaltungsfachleuten zu besetzen, wenn in der

gestrigen Sitzung keine Besetzung zu Stande käme. Wer will, kann hier des Pudels Kern entdecken: Der FDP-Oberbürgermeister stellt sich gegen einen rechtssicheren Weg der Besetzung der Aufsichtsräte, um die kommunalen Unternehmen der politischen und damit gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen.

Dennoch waren bei Grün-Rot-Rot die Hoffnungen groß, den vorgeschobenen Bedenken begegnen zu können. Stadtratskollege Martin Schulte-Wissermann reichte Vorschlagslisten mit Stadträtinnen und Stadträten von SPD, Grünen, LINKEN und Fraktionslosen ein. Gemeinsam bekräftigten sie in einer Erklärung die Bereitschaft, dauerhaft zusammenzuarbeiten.

Griff in die Trickkiste

So weit so gut - zumindest bis um 16 Uhr die Sitzung begann. Wieder griff der Oberbürgermeister tief in die Trickkiste. Diesmal begründete er die Vertagung der Aufsichtsratsbesetzung mit den nicht eingereichten Listen von CDU und FDP. Deren Recht, selbst im entsprechenden Tagesordnungspunkt noch Vorschläge zu machen? Laut OB: Geschenk! Die Antwort des Rates erfolgte prompt: Mit grün-rot-roter Mehrheit wurde die so hingebogene Tagesordnung abgelehnt. Und der Oberbürgermeister? Machte einfach weiter. Schließlich sei er Herr über die Tagesordnung. Gutsherr, möchte man meinen. Nach einer turbulenten Auszeit setzten sich Grün-Rot-Rot mit der Absetzung aller Tagesordnungstermine durch. Der Stadtrat konnte unverrichteter Dinge gehen.

Fehlinterpretationen entgegnet

Nun schlagen die Wellen hoch. Auf zwei Aspekte, die allerdings oft vergessen werden, wies die Fraktion DIE LINKE gestern in einer ersten öffentlichen Entäußerung hin:

1. "Dies ist der Höhepunkte einer langen Reihe von Versuchen des Oberbürgermeisters, den Stadtrat lächerlich zu machen." Mehr noch: das Stadtoberhaupt beschneidet den Rat immer wieder in seinen Fragerechten, seine Verwaltung sitzt Stadtratsaufträge viel zu oft aus und Hilberts katastrophale Sitzungsleitung fällt immer dann auf, wenn Nazis ihre Menschenverachtung in die Mitte der Kommunalvertretung tragen.

2. Bei der Besetzung der Aufsichtsräte ging es "darum, die demokratische Kontrolle öffentlicher Unternehmen zu sichern." Nicht nur die vollständige Kommunalisierung der DREWAG steht an, viele drängende Fragen bedürfen in den Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung auch einer öffentlichen Einflussnahme. Nicht gerade ein Herzensanliegen des FDP-OB.

Nichtsdestotrotz lässt DIE LINKE nicht locker: für den 5. Dezember hat sie zusammen mit ihren Partnerinnen eine Sondersitzung erzwungen. Vielleicht steht dann auch die Stimmbindung unserer Vertreter beim Verkehrsverbund Oberelbe auf der Tagesordnung. Ziel: Ticketpreiserhöhung stoppen., ÖPNV attraktiv halten. So geht Verantwortungübernahme - entgegen aller Hilbertschen Winkelzüge.